

# Krisen, Konflikte, Kongo: ein Land am Scheideweg

WAHLEN WERDEN VERSCHLEPPT UND DIE SICHERHEITSLAGE SPITZT SICH ZU

**Am Ende des Jahres sollen die kongolesischen Bürgerinnen und Bürger an die Wahlen gerufen werden. Doch danach sieht es derzeit nicht aus. Stattdessen werden die Wahlen verschleppt, die Sicherheitslage in vielen Landesteilen verschärft sich und die Armut nimmt zu. Ein Lagebericht über den derzeitigen Zustand im Land.**

Die Hoffnung auf Durchführung demokratischer Wahlen war groß, als sich am 31. Dezember 2016 die Regierung und Teile der Opposition auf das historische Silvesterabkommen einigten, welches im Wesentlichen zwei zentrale Punkte beinhaltete:

1. Wahlen sollen im Kongo bis spätestens Ende des Jahres 2017 stattfinden, somit verzichtet Präsident Joseph Kabila laut Abkommen auf eine dritte Amtszeit und wird die kongolesische Verfassung nicht zu seinen Gunsten ändern.<sup>1</sup>
2. Für die Übergangszeit soll ein Premierminister aus den Reihen der Opposition bestimmt werden. Die Hauptaufgabe der Übergangsregierung soll dann darin bestehen, Wahlen vorzubereiten.<sup>2</sup> Doch einmal mehr zeigt sich, dass Papier geduldig ist - vor allem dann, wenn der politische Wille Seitens der Regierung fehlt, tatsächlich Wahlen durchzuführen und somit der Vereinbarung gerecht zu werden.

## Tricksen, Tarnen und Täuschen: Regierung behindert Durchführung von Wahlen

Um den ersten Punkt des Abkommens (hierbei handelt es sich um Absichtserklärungen) zum Erfolg zu führen, hätte allerdings Punkt zwei zunächst gemäß Vereinbarung konkret umgesetzt werden müssen. Doch anstelle eines Kandidaten aus dem großen Oppositionsbündnis „*Rassemblement*“ zum Premierminister zu machen, ernannte der Präsident am 7. April dieses Jahres mit Bruno Tshibala eine Person, die zwar früher unter dem am 1. Februar in Brüssel verstorbenen UDPS („*Union pour la Démocratie et le Progrès Social*“)-Chef Etienne Tshisekedi eine zentrale Figur der Oppositionsbewegung gewesen ist, allerdings aufgrund interner Konflikte um die Nachfolge der verstorbenen Leitfigur Etienne aus der Partei ausgeschlossen wurde. Folglich gilt Tshibala als Marionette des Präsidenten und wird von einer mittlerweile tief gespaltenen Opposition (siehe unten) nicht in seiner Funktion anerkannt. Kritisch bezüglich der Ernennung Tshibalas äußerten sich u.a. auch die EU, Frankreich, Belgien und auch die katholische Kirche im Land. CENCO („*Conseil des Eglises Natio-*

<sup>1</sup> Wie dies in vielen afrikanischen Staaten gängige Praxis ist, um die Herrschenden länger an der Macht zu halten: Die Verfassung wird dahingehend geändert, dass die Begrenzung von Amtszeiten aufgehoben bzw. verlängert wird, so zuletzt geschehen in den Nachbarstaaten Republik Kongo und Ruanda.

<sup>2</sup> Weiterführende Ausführungen zum Silvesterabkommen und deren mangelhafter Umsetzung finden sich in den beiden vorausgegangenen KAS-Länderberichten DR Kongo vom Februar und April 2017.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KONGO

GREGOR JAECKE

September 2017

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)

nal au Congo“), der im Kongo sehr einflussreiche Rat der Kirchen, hat sich auch deshalb Ende März frustriert aus der bisher eingenommenen Vermittlerrolle zurückgezogen.<sup>3</sup> Ein weiterer Indikator für den fehlenden politischen Willen stellt die Zusammensetzung der neuen Regierung dar: Mehrere Wochen nach Amtsübernahme Tshibalas wurde vom Präsidenten das „neue“ Kabinett vorgestellt: 59 Regierungsmitglieder, von denen allerdings die Schlüsselressorts (z.B. Innen-, Außen-, Verteidigungs-, Justiz- und Finanzministerium sowie das im Kongo bedeutende Ministerium für Minen) personell nicht verändert wurden und somit die Vertrauten des Präsidenten weiterhin im Amt bleiben werden. Dass diese Regierung ihrem Auftrag, freie und demokratische Wahlen bis Ende des Jahres zu organisieren, gerecht wird, erscheint unwahrscheinlich. Notwendige Signale bleiben aus.

#### **Opposition: Tief gespalten und weitgehend führungslos**

Zweifelsohne kommt der derzeitige Zustand einer gespaltenen Opposition der Regierung zu Gute: ehemalige Oppositionspolitiker sind aus persönlichen Machtgründen zur Regierung übergelaufen, was die Schlagkraft der Opposition deutlich schwächt. Nach dem Tod des großen Oppositionsführers Etienne Tshisekedi am 1. Februar 2017 in Brüssel<sup>4</sup> fehlt der kongolesischen Opposition nach wie vor ihre durchsetzungsstarke und charismatische Leitfigur. Sein Sohn Felix, der ihm im Vorsitz der UDPS sowie im Oppositionsbündnis „*Rassemblement*“ gefolgt ist, wird dieser Rolle (zumindest im Augenblick) nicht gerecht. Erwähnenswert ist die Tatsache, dass im Bereich der Zivilgesellschaft eine neue Anti-Kabila-Bewegung entstanden ist: Am 18. August unterzeichneten in Paris ca. zehn Vereine und Zivilgesellschaftsbewegungen ein „Manifest des kongolesischen Bürgers“, das den Rücktritt von Präsident Joseph Kabila sowie die Einsetzung einer integren, überparteilich agierenden und glaubwürdigen Gruppe von Personen verlangt, die Wahlen vorbereiten soll.<sup>5</sup> Diesem zivilgesellschaftlichen Bündnis gehören die bereits bekannte Bewegung „*Filimbi*“ sowie die Jugendbewegung „*Lucha*“ an, deren Mitglieder in der Vergangenheit bei Demonstrationen regelmäßig verhaftet wurden. Hinzu gekommen ist die vom kongolesischen Geschäftsmann Sindika Dokolo neu gegründete Bewegung „*Les Congolais Debout*“. Dokolo ist nicht nur der Schwiegersohn des scheidenden angolischen Staatspräsidenten José Eduardo dos Santos, sondern zeichnet sich auch durch seine angebliche Nähe zu einem für das Präsidentenamt aussichtsreichen Kandidaten aus: Moïse Katumbi, dem ehemaligen Gouverneur der Provinz Katanga (und bis 2015 treuer Kabila-Anhänger), der nach Anschuldigungen einer angeblichen Verschwörung gegen die Regierung Kabila das Land verlassen musste und im Exil versucht, seine Kandidatur für das Präsidentenamt vorzubereiten<sup>6</sup> Selbst wenn man Katumbi die Rückkehr in den Kongo erlauben würde, seine Anklage fallen lässt und ihn für eine Präsidentschaftskandidatur zulässt, gäbe es noch zahlreiche logistische, organisatorische und

<sup>3</sup> Auch der Posten des Vorsitzenden des Nationalen Übergangsrates wurde ausschließlich durch den Präsidenten und nicht im Einvernehmen mit der Opposition besetzt, und zwar am 22.07.2017 mit Joseph Olengankoy: dieser war bis zu seiner Ernennung erklärter politischer Gegner des Präsidenten und ist amtierender Vorsitzender der Oppositionspartei FONUS („*Forces Novatrices pour l'Union et la Solidarité*“) und hat sich zur Verärgerung seiner Weggefährten der Regierungsseite angenähert.

<sup>4</sup> Die Überführung des Leichnams von Etienne Tshisekedi aus Brüssel nach Kinshasa wurde bereits mehrfach verschoben. Dies wohl primär aus Angst, dass die Beerdigungsfeierlichkeiten für den ehemaligen Oppositionsführer zu einer unkontrollierbaren Welle der Gewalt führen könnten. Ein neues Datum für die Überführung wurde nun für Anfang September 2017 angesetzt.

<sup>5</sup> Die Gruppe von Personen wird zunächst nicht näher definiert. Es soll sich hierbei aber nicht um aktive Politiker handeln, die bei einer zukünftigen Wahl ein Amt anstreben möchten. Dokolo selbst bezeichnet seine Bewegung als „apolitisch“, was allerdings vor dem Hintergrund einer politischen Zielsetzung (Absetzung des Präsidenten) nicht ganz schlüssig erscheint.

<sup>6</sup> Bei einer Umfrage, die die renommierte *Congo Research Group* an der New York University zusammen mit einem kongolesischen Institut im Oktober 2016 erhob, erklärten 33 Prozent der Befragten, sie würden für den Herausforderer Moïse Katumbi stimmen. Für den Amtsinhaber Kabila sprachen sich dagegen gerade mal 7,8 Prozent aus.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KONGO

GREGOR JAECKE

September 2017

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)

finanzielle Hürden bis in der Demokratischen Republik Kongo eine (halbwegs nach demokratischen Vorstellungen ablaufende) Wahl stattfinden könnte.

#### **Wählerregistrierung aus Sicherheitsgründen in einigen Landesteilen ausgesetzt**

Die Wählerregistrierung in dem Land, das sechseinhalb Mal so groß wie Deutschland ist, sollte zwar bis Ende Juli 2017 komplett abgeschlossen sein (nach Angaben der so genannten „unabhängigen Wahlkommission“ CENI ist die Registrierung zu 90 Prozent abgeschlossen), doch fehlt derzeit der bereits oben hervorgehobene politische Wille der Regierung, die Wahlen auch unter dem engen zeitlichen Korsett durchzuführen. So äußerte sich der CENI-Vorsitzende, Corneille Nangaa, am 9. Juli des Jahres dahingehend, dass Wahlen bis Ende des Jahres aller Voraussicht nach nicht mehr abgehalten werden könnten. Bis heute wurde noch kein verlässlicher Zeitplan bzgl. der Abhaltung von Wahlen veröffentlicht. UDPS-Chef Felix Tshisekedi erklärte daraufhin über Twitter, dass diese Aussage eine „Provokation“ darstellen sowie eine „Kriegserklärung“ an das kongolesische Volk bedeuten würde. Der Ton der Opposition wird zunehmend schärfer. Der Vorsitzende der sogenannten unabhängigen Wahlkommission begründete eine mögliche (erneute) Verschiebung der Wahlen mit der Verschlechterung der Sicherheitslage vor allem in den Kasai-Provinzen (siehe unten), die zu einer Aussetzung der Wählerregistrierung führten. Darüber hinaus wird ein möglicher Ausschluss dieser Region von etwaigen Wahlen in Erwägung gezogen. Dies ist besonders brisant, da genau diese Provinzen Hochburgen der Oppositionspartei UDPS sind. Ein instabiler Kongo spielt der Regierung derzeit in die Karten, da die prekäre Sicherheitslage eine Begründung für das Aussetzen der Wählerregistrierung liefert.

#### **Gewalteskalation in den Kasai-Provinzen und Verschärfung der Sicherheitslage in der Hauptstadt**

In den Kasai-Provinzen spielt sich ein - von der medialen Weltöffentlichkeit weitgehend unbeachteter - Gewaltausbruch von nie dagewesenem Ausmaß, einhergehend mit einer humanitären Katastrophe mit weitreichenden Folgen, ab: die Katholische Kirche geht davon aus, dass in der betreffenden Region seit Mitte 2016 über 3.300 Menschen ihr Leben verloren haben und über 1.4 Millionen Menschen vertrieben wurden.<sup>7</sup> Laut UN-Angaben sind etwa 33.000 Kongolesen allein aus dieser Konfliktregion in das südliche Nachbarland Angola geflohen. Die Zahlen steigen täglich dramatisch an. Auslöser der brutalen Auseinandersetzungen zwischen der Rebellengruppe *Kamuina Nsapu* und dem kongolesischen Militär ist die im August 2016 erfolgte Ermordung eines lokalen Stammesfürsten durch Regierungstruppen. Seither kämpfen seine Anhänger gegen das aus ihrer Sicht verhasste Regime in Kinshasa und töten jeden, den sie damit in Verbindung bringen. Anschläge dieser Gruppe richten sich deshalb verstärkt gegen staatliche Einrichtungen des Landes, vor allem Schulen und öffentliche Gebäude. Auch wenn der Vorwurf an die Regierung laut wurde, im Kampf gegen die Rebellen unverhältnismäßig harte Mittel (vor allem auch gegen Teile der örtlichen Zivilbevölkerung, die als Mitglieder der Miliz verdächtigt werden) anzuwenden, so ist auch bewiesen, dass die Rebellen sich der Rekrutierung von Kindersoldaten im hohen Ausmaß schuldig machen. Zur Verschlechterung der Sicherheitslage im Land trugen zusätzlich in den vergangenen Monaten die Massenausbrüche aus diversen Gefängnissen des Landes bei, was vor allem in der Hauptstadt Kinshasa nächtliche Sicherheitskontrollen (Checkpoints) des Militärs zur Folge hat.<sup>8</sup> Als die politisch-religiöse Bewegung *Bundu dia Kongo* am 17. Mai 2017

<sup>7</sup> Die UNO-Flüchtlingshilfe (UNHCR) geht davon aus, dass insgesamt derzeit ca. 3.8 Millionen Menschen im Kongo durch Flucht und Vertreibung betroffen sind (Angabe v. Ende August 2017).

<sup>8</sup> Zahlreiche europäische Botschaften sprachen daraufhin für ihre in der Demokratischen Republik Kongo lebenden Landsleute Sicherheitshinweise aus.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KONGO

GREGOR JAECKE

September 2017

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)

ihren Sektenchef Ne Muanda Nsemi aus dem landesweit bekanntesten Zuchthaus *Makala* in Kinshasa befreite, entkamen ca. 6.000 weitere Häftlinge.<sup>9</sup> In der Folge kam es zu Anschlägen der politischen Sekte vor allem in der Hauptstadt sowie zu schweren Auseinandersetzungen mit den kongolesischen Sicherheitskräften, bei denen im August des Jahres etwa 17 Menschen zum Opfer fielen. Fest steht, dass sich die Gesamtsicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo als äußerst undurchschaubar und hochkomplex darstellt: es ist selten auf den ersten Blick (auch nicht auf den zweiten) unmittelbar erkennbar, wer für Gewaltausbrüche verantwortlich ist und welche Akteure vor dem Hintergrund ihrer eigenen spezifischen Interessenlage Profit daraus schlagen möchten. Vor dem Hintergrund der ausufernden Gewalt stellt sich die Frage nach der Reaktion der Internationalen Staatengemeinschaft.

### Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft

Die Internationale Staatengemeinschaft reagiert auf die politische Lage zunehmend schärfer: An dieser Stelle seien u.a. die Sanktionen seitens der EU und der USA erwähnt.<sup>10</sup> Hierbei handelt es sich um Individualsanktionen gegen bestimmte Personen aus dem Umfeld des Präsidenten (zum Teil hochrangige Politiker sowie hohe Militärs), d.h. konkret geht es u.a. um Einreiseverbote in EU-Staaten bzw. der USA sowie des Verbots der Tätigkeit von Bankgeschäften in den betreffenden Ländern. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Weise die kongolesische Regierung auf diese Maßnahmen reagiert<sup>11</sup>, bzw. auf welche Art die internationale Staatengemeinschaft ihren Druck auf eine nicht mehr legitimierte Regierung in Kinshasa noch weiter erhöhen kann. Ohne Zweifel sind dem Engagement von außen Grenzen gesetzt. Diese Aussage wird durch folgendes Beispiel belegt: Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beschloss Ende Juni 2017, ein Expertenteam in den Kongo zu entsenden, um den Hintergrund der Vielzahl der Verbrechen (u.a. auch die Ermordung von zwei UN-Mitarbeitern im März des Jahres in der Kasai-Provinz) aufzuklären. Die UN forderte zunächst die Durchführung einer unabhängigen internationalen Untersuchung, welche allerdings am Widerstand der kongolesischen Regierung und weiterer 13 afrikanischer Staaten (!) scheiterte, die darin eine Verletzung der Souveränität der Demokratischen Republik Kongo sahen. Auch wenn letztlich in diesem Falle eine Kompromisslösung gefunden wurde (ausgewählte internationale Experten werden im Auftrag der kongolesischen Justiz tätig und dürfen unter Begleitung der kongolesischen Autoritäten die Zielregion bereisen), so zeigt dieses Beispiel einmal mehr, dass die internationale Staatengemeinschaft in ihrem Vorgehen limitiert ist, insbesondere dann, wenn westliche und afrikanische Akteure nicht gemeinsam an einem Strang ziehen.<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Die genauen Ziele der 1969 gegründeten politisch-religiösen Sekte sind derzeit nicht ganz klar. Vermutlich geht es ihnen um die Gründung eines eigenen, föderalen Staates in Zentralafrika, das auch die ehemalige kongolesische Provinz Bas-Congo umfasst. Kurzfristiges Ziel ist die Absetzung von Präsident Kabila.

<sup>10</sup> Die USA haben bereits im Herbst 2016 – noch unter der Präsidentschaft Obama – mit Sanktionen begonnen, um auf die Verschleppung des Wahlprozesses zu reagieren. Die EU zog später nach.

<sup>11</sup> Außer Frage steht, dass die Individualsanktionen diese Gruppe empfindlich trifft: viele von ihnen besitzen Konten und Immobilien in Europa bzw. den USA auf die sie nun keinen bzw. nur eingeschränkten Zugriff haben, eine nicht zu vernachlässigende Anzahl ihrer Kinder studiert an amerikanischen bzw. europäischen Universitäten, was aufgrund des Einreiseverbots bedeutet, dass der Nachwuchs nicht mehr vor Ort besucht werden kann.

<sup>12</sup> Man kann sich an dieser Stelle beispielsweise ein stärkeres Engagement der Afrikanischen Union (AU) vorstellen, die bisher kaum etwas gegen Autokraten auf dem afrikanischen Kontinent unternommen hat. Nicht unerwähnt zu lassen ist der vielbeachtete Appell ehemaliger afrikanischer Spitzenpolitiker Mitte Juni des Jahres (u.a. des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan sowie der Ex-Staatspräsidenten von Nigeria und Südafrika, Olusegun Obasanjo und Thabo Mbeki) an Präsident Kabila, alles Notwendige zu tun, dass das Land zukünftig einen friedlichen Weg einschlägt. Man würde sich solch einen Aufruf allerdings von aktiven afrikanischen Politikern wünschen.

## KONGO

GREGOR JAECKE

September 2017

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)

Gemäß dem Motto „Wo die Logik endet, beginnt der Kongo“<sup>13</sup>, ist der Blick in die Zukunft für ein derart unberechenbares und fragiles politisches Gesamtkonstrukt wie es die Demokratische Republik Kongo (derzeit) darstellt, alles andere als einfach. Fest steht aber, dass die Regierung weiter auf Zeit spielen wird, denn eines ist klar: keine ordentliche Vorbereitung und letztlich Durchführung von Wahlen führt dazu, dass der amtierende Präsident (laut Verfassungsgericht) im Amt bleiben kann, da kein Nachfolger gewählt wurde. Fakt ist: Das anfangs viel gelobte Silvesterabkommen wird von der Regierung entweder nicht umgesetzt oder nach ihrem Sinne schrittweise modifiziert. Derzeit sieht es nicht danach aus, als würden Wahlen bis spätestens Ende 2017 stattfinden (können). Von einigen politischen Akteuren wird diskutiert, ob man die Präsidentschaftswahlen von den beiden anderen Wahlgängen (Wahlen zur Nationalversammlung und Provinzwahlen) zeitlich abkoppeln solle, um die Durchführung der erst genannten sobald wie nur möglich zu erreichen. Sollte ernsthaft solch eine Option in Betracht gezogen werden, setzt dies allerdings neben der erforderlichen Überwindung organisatorischer, logistischer und finanzieller Hürden in erster Linie den politischen Willen der Regierung voraus, der im Augenblick nicht erkennbar ist.<sup>14</sup> Ein weiteres Fragezeichen taucht im Zusammenhang mit der gespaltenen Opposition auf: wird sich diese in naher Zukunft wieder geeint zeigen und wer könnte ihr zukünftiger Hoffnungsträger sein? Setzen die Aktionen der Opposition wie beispielsweise die Durchführung von Generalstreiks und geplanten Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ die Regierung unter Druck oder verpuffen diese wie in der Vergangenheit auch?<sup>15</sup> Die Demokratische Republik Kongo betreffend gilt auch der Grundsatz, dass ein demokratischer Wandel nur von innen – durch eine vereinigte Opposition und das Wirken der Zivilgesellschaft – erreicht werden kann, der politische Druck von außen (also der internationalen Staatengemeinschaft) mag dabei unterstützend wirken. Ferner ist davon auszugehen, dass sich die Sicherheitslage in den kommenden Monaten weiter verschärfen wird, derzeit sieht es so aus, als wenn dies der Regierung im Sinne ihrer Machtsicherung in die Hände spielt. Oder anders ausgedrückt: Die Regierung profitiert von der Eskalation der Gewalt. Besorgniserregend ist die schrittweise Militarisierung der kongolesischen Polizei: so wurde im Juli 2017 der oberste Chef der kongolesischen Polizei durch den ehemals zweiten Mann der Streitkräfte ersetzt. Im Straßenbild Kinshasas sieht man zunehmend Polizei und Militär gemeinsam auftreten. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Regierung den „*état d'urgence*“ (Notstand) vorbereitet – was bereits im Juli von der Parteijugend der Regierungspartei gefordert wurde - zur „Wiederherstellung der inneren Ordnung im Land“. Sollte der Notstand ausgerufen werden, wäre dies eine drastische Eskalation der ohnehin schon mehr als angespannten Situation im Land.

Bei Betrachtung der Gesamtsituation im Land darf die wirtschaftliche Lage nicht außer Acht gelassen werden, die sich in den letzten Monaten drastisch verschärft hat. Folglich nehmen

---

<sup>13</sup> Zitat eines Kongolesen aus: Tim Butcher (2012/ 2. Auflage): „Blood River. Meine Reise ins dunkle Herz des Kongo“, Piper Verlag.

<sup>14</sup> Was die Finanzierung von Wahlen betrifft, so zeigt sich die internationale Staatengemeinschaft – wie bereits in der Vergangenheit auch – dazu bereit, hierfür Mittel im erheblichen Umfang zur Verfügung zu stellen. Der fehlende politische Wille seitens der Regierung wird von westlichen Experten auch damit begründet, dass nur durch die Machtsicherung des „Präsidenten-Clans“ deren vielseitigen familiären und wirtschaftlichen Interessen gewahrt werden können.

<sup>15</sup> Fairer halber muss betont werden, dass in der Vergangenheit die Wirkungslosigkeit von Aktionen der Opposition nicht nur in ihrer Zerstrittenheit und daraus resultierenden mangelnden Mobilisierungskraft lag, sondern auch im massiven Auftreten der kongolesischen Sicherheitskräfte, die an Aktionstagen starke Präsenz gezeigt und jegliche größere Menschenansammlungen (zum Teil gewaltsam) zerschlagen haben. Mit „Aktionen des zivilen Ungehorsams“ ist beispielsweise der Aufruf von Oppositionskräften und zivilgesellschaftlichen Organisationen gemeint, dass die Kongolesen zukünftig keine Steuern mehr zahlen und ihre Stromrechnung nicht mehr begleichen sollen, um damit die Regierung zum Einlenken (sprich: zur Durchführung von Wahlen) zu bewegen.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**KONGO**

GREGOR JAECKE

**September 2017**

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)

die sozio-ökonomischen Probleme zu: die Währung ist nicht stabil und hat in den letzten Monaten stark an Wert verloren, die Staatskassen sind leer und der Staatshaushalt noch nicht verabschiedet. Da die kongolesische Wirtschaft sehr stark von Importen abhängt, hat das gravierende Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten, die gerade für Grundnahrungsmittel gestiegen sind. Die Armut verschärft sich damit weiter.

Fazit: Die Demokratische Republik Kongo stellt aus den oben dargestellten Gründen, also vor allem der Kombination aus instabilen politischen Verhältnissen, besorgniserregender Sicherheitslage in weiten Teilen des Landes sowie der zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung aufgrund sich verschlechternder sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen, derzeit ein Pulverfass dar, das jederzeit und mit ungewissem Ausgang explodieren kann.